

Sarkozy lässt Regierung ein Burka-Verbot beschließen, zweifelt aber – inoffiziell – an seiner eigenen Strategie.

Wer sein Gesicht in der Öffentlichkeit verbirgt, soll 150 Euro Strafe zahlen oder „Staatsbürgerkunde“ pauken.

VON DANNY LEDER, PARIS

„Bringen wir das Ding so schnell wie möglich hinter uns. Für die Franzosen ist das keine vordringliche Angelegenheit“, meinte Nicolas Sarkozy kürzlich vor Vertrauten. Diese Äußerung, die dem Pariser Enthüllermagazin „*Canard enchainé*“ zugetragen wurde, ist umso erstaunlicher als Frankreichs Staatschef quasi im Alleingang besagtes „Ding“, nämlich ein gesetzliches Verbot der Burka, auf die Prioritätenliste seiner Regierung gesetzt hatte.

Tatsächlich musste Sarkozy erst die Bedenken fast aller zuständigen Regierungsmitglieder überwinden, um schließlich, auf dem gestrigen Ministerrat, einen entsprechenden Gesetzesentwurf absegnen zu lassen. Justizminister Michèle Alliot-Marie betonte bei Ausgang der Sitzung: „Demokratie lebt man mit offenem Antlitz, von Gesicht zu Gesicht, und unter Wahrung der Würde der Frau“.

Demnach soll in Hinkunft auf das Tragen einer „Kleidung, die das Gesicht in der Öffentlichkeit verbirgt“ 150 Euro Strafe oder das Absolvieren eines „Kurses in Staatsbürgerkunde“ stehen. Männlichen Anstiftern drohen bis zu einem Jahr Gefängnis und 15.000 Euro Strafe. Allerdings sind noch vor Anwendung dieser Sanktionen während sechs Monaten „pädagogische Aufklärungsmaßnahmen“ geplant, um Burka-Trägerinnen zum freiwilligen Verzicht zu bewegen.

Über dem Gesetz, das im Herbst in Kraft treten könnte, schwebt aber das Damoklesschwert eines Vetos der französischen Verfassungsrichter. Diese haben Bedenken gegen ein komplettes Verbot geäußert und stattdessen für ein punktuelles Verbot etwa in Ämtern oder Verkehrsmitteln plädiert.

Dafür hatte sich auch die sozialistische Opposition ausgesprochen. „Ein Verbot auf den Straßen ist nicht durchführbar, und ein Gesetz, das nicht angewendet wird, ist ein Schwächezeichen für die Republik“, warnte SP-Vorstitzende Martine Aubry. Damit spielte Aubry auf die auch im

Regierungslager geäußerten Befürchtungen an, man könne die bereits überforderte Polizei in Problemvierteln nicht auch noch auf Burka-Trägerinnen ansetzen. Das könnte außerdem einen weiteren Anlass für Ausschreitungen in den chronisch unruhigen Vorstädten liefern, hatten Polizeikreise gemeint.

Politiker hatten auch auf die Gefahr von Verlusten für Pariser Einkaufsmeilen durch das Ausbleiben von Touristinnen aus den Golfstaaten verwiesen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Moslems, Mohamed Moussaoui, der die Burka ebenfalls bekämpft („Mit diesem Kleidungsstück schließt sich die Frau selber aus der Gesellschaft aus“), hatte auch vor einem allgemeinen Verbot gewarnt, das den gegenteiligen Effekt, also die Aufwertung der Extremisten, nach sich ziehen könnte.

Trotzdem war Sarkozy seit März für ein Totalverbot eingetreten – eine Reaktion auf die Niederlage seiner Regierungspartei bei den damaligen Regionalwahlen. Der Staatschef peilte eine Kraftprobe mit der Opposition und den Verfassungsrichtern an, eventuell auch eine Volksabstimmung. Angesichts der Finanzkrise scheint sich Sarkozy aber nicht mehr so sicher über die Zugkraft einer derartigen Kampagne beim Wählervolk zu sein, auch wenn er zuletzt nicht mehr kehrt machen konnte.